

CORNELIA HILDEBRANDT/HORST KAHRS/HARALD PÄTZOLT

NACH ACHT JAHREN MERKEL: NO TROUBLE?

**ZUR POLITISCHEN STIMMUNGSLAGE IN DEUTSCHLAND
IM SOMMER VOR DER BUNDESTAGSWAHL**

Regieren bis zum Sommer und dann einen kurzen Wahlkampf führen – die Wahlstrategie der Union ist bislang aufgegangen. Gut zwei Monate vor der Bundestagswahl am 22. September kann von Wahlkampfstimmung, geschweige denn Wechselstimmung im Lande keine Rede sein. Der Wunsch nach einem Regierungswechsel ist deutlich schwächer als vor den Wahlen 2005 und 2009. Allein: Die bestehende Regierungskoalition aus CDU und FDP ist nicht die Wunschkoalition der Bevölkerung. Schwarz-Gelb rangiert vielfach hinter Rot-Grün, vor allem aber hinter Schwarz-Rot. Viele wollen zurück zur Großen Koalition aus CDU und SPD. Ursächlich hierfür ist die Schwäche der FDP, deren Wiedereinzug in den Bundestag wegen ihrer offen klientelistischen Politik und ihres demonstrativen Festhaltens an neoliberalen Glaubenssätzen nicht gesichert ist.

Deutschland erscheint in den aktuellen ökonomischen und politischen Turbulenzen ebenso stabil wie lernfähig. Das betrifft erstens das politisch-demokratische Institutionengefüge, den Staat; besonders das Parteiensystem scheint hinreichend fluide, um externe wie interne Störungen zu verarbeiten. Zweitens steht Deutschland wirtschaftlich gut da. Dazu tragen nicht nur die hohe Industriequote, sondern auch eine flexible Exportorientierung auf europäische und vor allem nordamerikanische sowie asiatische Märkte bei.

Um die exportstarken Industriesektoren hat sich ein korporatistisches Modell der Krisenpolitik aus transnational agierenden Konzernen und ihren Belegschaften, Verbänden und Gewerkschaften gebildet. Es wird im politischen Feld von einer großen Koalition aus CDU/CSU, SPD und Grünen getragen und fußt auf der Krisenpolitik der Jahre 2008/2009. Damals wurde unter den Stichworten «Abwrackprämie» und «Kurzarbeit» eine neue Form der Sozialpartnerschaft begründet, die die deutsche Volkswirtschaft seitdem erfolgreich durch die nun fast sechs Jahre andauernde europäische Krise steuerte.

Die Ahnung, dass es nicht gut gehen kann, wenn eine Wirtschaft über Jahre hinweg schrumpft, statt zu wachsen, um die Schulden weiter bedienen zu können, dass eine Jugend Arbeitslosigkeit von 25, ja über 50 Prozent keine Basis für eine soziale Stabilisierung bildet und dass die privilegierte Situation Deutschlands und damit die eigene fragil ist, lässt unterschiedliche soziale Klassen und Schichten zu einer «erweiterten Mitte» als Schutzgemeinschaft in der Krise zusammenrücken.

Die Sicherung der eigenen vorteilhaften Situation verlangt zugleich Lern- und Anpassungsfähigkeit der Krisenpolitik. So

beginnt die deutsche Regierung, die harte Austeritätspolitik an dieser und jener Stelle symbolträchtig zu lockern, wenn es um Investitionsprogramme oder die Aufgaben der Europäischen Zentralbank (EZB) oder Maßnahmen gegen die europäische Jugendarbeitslosigkeit geht. Die Botschaft ist klar: Vom grundsätzlichen Kurs wird nicht abgewichen, aber gelegentlich «nachgesteuert».

Was von deutscher Seite den europäischen Nachbarn vorgeworfen wird, wirkt auch nach innen. Wird dort die Krise als Ausdruck mangelnder Anpassungsbereitschaft an die Sachzwänge der Globalisierung, fehlender Wettbewerbsfähigkeit und überbordenden Anspruchsdenkens bearbeitet, so gelten nach innen ebenfalls individuelles Fehlverhalten, mangelnde Leistungsbereitschaft und fehlende Eigenverantwortung als Ursachen für eine Position am unteren Ende der sozialen Hierarchie.

Millionenfache Lohnneinkommen unterhalb der Armutsgrenze und fehlende soziale Aufstiegspektiven werden als Ergebnis von individuellem Versagen auf den (Arbeits-) Märkten begriffen. Das ist die mentale Konsequenz der neoliberalen Wende seit den 1980er Jahren, des Abbaus sozialer Rechtsansprüche, der Umstellung auf private Vorsorge und des Aufbaus fürsorgerischer Strukturen. Das Austrocknen des Sozialstaates, insbesondere auf dem Feld von Arbeit und Beschäftigung, hat zu Resignation und vor allem in den unteren sozialen Schichten zu sinkender Wahlbeteiligung geführt. «Die politische Resignation der Unterschichten schützt den Kapitalismus vor der Demokratie und stabilisiert die neoliberale Wende, auf die sie zurückgeht.»¹

DER «GROSSE BLOCK AN DER MACHT» OHNE GROSSES THEMA

Die Rechtsansprüche der Immobilien-, Aktien-, Kapital- und Vermögensbesitzer auf Verzinsung ihres Kapitals und die Bedienung ihrer Staatsschuldtitel haben sich über mehrere Dekaden hinweg gegen die sozialstaatlichen Rechtsansprüche durchgesetzt. Austeritätspolitik und Exportorientierung verknüpfen dies mit den Interessen der industriellen Kernbelegschaften. Nicht zuletzt seit dem Ausbau der privaten Altersvorsorge sehen sich diese auch als (zukünftige) Bezieher von Vermögenseinkommen, die in ihren Haushalten vielfach die Interessen von Lohn-, Transfer- und Vermögensbezieher*innen ausbalancieren müssen. Zugleich stärken der Rückzug und die Verdrängung der subalternen Klassen aus der politischen Partizipation den gesellschaftspolitischen Schulterschluss zwischen Mittel- und Oberschicht. «Die Bürger haben auch den Eindruck, dass das Land bisher gut durch die Krise in der Eurozone gesteuert wurde. Die Kritik ist in vielen Politikfeldern zurückgegangen; [...]. Diese Legislaturperiode wurde vor allem von zwei Entwicklungen geprägt, die in ihrer Parallelität bemerkenswert sind: dem Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt und der robusten deutschen Konjunktur einerseits und andererseits der Krise in der Eurozone.»² Zwar sei über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise gestritten worden, jedoch nicht im Sinne einer grundsätzlichen Richtungsdebatte zweier Lager, sondern um «Differenzen im Detail».³ Der großkoalitionäre Block in der deutschen Politik steht nicht zur Disposition; eine politische Konstellation für einen grundlegenden politischen Richtungswechsel steht nach den Bekundungen von SPD und Grünen nicht zur Wahl.

Das Fehlen großer Streitthemen im Wahlkampf macht die Parteien «nervös und gleichzeitig ratlos, wie sie die Wähler für sich gewinnen können».⁴ Denn die Motive für eine Wahlentscheidung werden in einer politischen Stimmungslage ohne große, polarisierende Themen unberechenbar. Laut ZDF-Politbarometer gibt es in diesem Jahr zwar eine Reihe von «wichtigen Problemen», die die Menschen bewegen, aber kein Problem mehr, das von mehr als einem Drittel der Befragten in der Kategorie «wichtiges Problem» angeführt wird.⁵

Die fehlende Polarisierung im Wahlkampf geht auch auf die abnehmende ideologische Parteibindung und die schrumpfenden Stammwählerschaften zurück. Gleichzeitig wächst die Zahl von themenbezogenen Protestbewegungen mit hohem technologischem Sachverstand, wie das Beispiel des Protests gegen «Stuttgart 21» zeigt. Auch diese Entwicklung macht das Wahlverhalten immer weniger kalkulierbar und damit Wahlstrategien unsicherer. Andererseits: Gefragt, um welche Probleme sich «die Politik» vor allem kümmern müsste, gibt es noch die großen Themen, die die Bevölkerung beschäftigen: die Zukunft des Euro, die Energiewende, die Staatsfinanzen, die Löhne und die wachsende Ungleichheit.⁶ Da sie von den großen Parteien nicht als zentrale Wahlkampfthemen aufgerufen werden, bleibt die Wahl bis zum Schluss spannend, weil bereits kleine oder aber plötzliche Ereignisse eine große Wirkung auf das Wahlverhalten ausüben können.

KRISE DES POLITISCHEN SYSTEMS

Das Fehlen der großen Themen im Wahlkampf lässt sich als Ausdruck der Krise des politischen Systems begreifen. Die etablierten politischen Parteien sind nicht mehr in der Lage, der Gesellschaft konsistente, mehrheitsfähige Programme und Krisenlösungsstrategien anzubieten und gesellschaftliche Mehrheiten für sie zu schaffen. «Seit der anhaltenden Kri-

se sind die politisch-ideologischen Imperative eines rigiden Neoliberalismus innerparteilich, aber auch in Wahlen nicht mehr mehrheitsfähig; die Regierungsarbeit hat eine weitere Distanzierung von der radikalen Ausrichtung auf Marktsteuerung gebracht. Im Prinzip führt dieser Prozess der «Sozialdemokratisierung» auch dazu, dass die Konturen und das Profil der Parteien der europäischen Sozialdemokratie und der linken Seite des politischen Spektrums immer blasser werden.»⁷

An die Stelle der abnehmenden Bindekraft der Marktideologie ist aber (noch) kein neues politisches Projekt oder eine «starke Bewegung der subalternen Klassen» getreten, die eine alternative Strategie in der Krise durchsetzen könnte, sodass «gesellschaftspolitisch angeleitete Gestaltung mehr und mehr in technokratische Verwaltung des Gegebenen umschlägt. [...] Regieren durch Schweigen heißt das hierzulande. Parallel zur Entmachtung der Parteien und der innerparteilichen Rivalen kann auch von einer Zunahme der Allparteienbeschlüsse gesprochen werden.»⁸

Die Stärke der Bundeskanzlerin gründet nicht auf dem Programm der Union, sondern auf dem geschickten Einsatz der Macht und ihrer Rolle der Kapitänin, die die «MS Deutschland» durch gefährliche Gewässer steuert. Es ist die Krise, die ihre Partei und damit ihre Macht zusammenhält. Die Probleme, dabei aber auch die herrschenden Klassen zusammenzuhalten, sind unübersehbar:

Erstens haben die fehlende Aussicht auf ein gutes Ende der anhaltenden Krise und eine Krisenpolitik, die Gewinne und Verluste sichtbar ungleich verteilt, zu einer Renaissance der Thematisierung von Ungleichheit geführt. Werden moralisch und kulturell in einer Gesellschaft verankerte Maßverhältnisse bei der Verteilung von Ressourcen, Lebenschancen, Partizipationsmöglichkeiten und Sicherheiten verlassen, gefährdet das die Ordnung: Es ist etwas faul im Staate Deutschland. Um diese Fragen, die in der Öffentlichkeit allgemein als Probleme der *Gerechtigkeit* und der *Sicherheit* diskutiert werden, kann es bei dieser Bundestagswahl gehen.

Anlässlich des EZB-Berichts über die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland und Europa heißt es warnend: «Vor allem den Parteien, die sich «bürgerlich» nennen, sollte die Vermögensverteilung in Deutschland zu denken geben. [...] Ist es wirklich richtig, den vermeintlich «anstrengungslosen Wohlstand» von Hartz-IV-Empfängern zu beklagen und vom wirklich anstrengungslosen Wohlstand reicher Immobilienbesitzer zu schweigen? Wichtiger ist, was die Bürger in der Mitte der Gesellschaft mit der neuen Erkenntnis anfangen. Die Ungleichheit in Deutschland ist Folge einer Vielzahl von politischen Entscheidungen – und kaum eine davon wäre ohne ihr Einverständnis möglich gewesen.»⁹

Zweitens haben sich innerhalb der Eliten und der Wirtschaft Interessenkonflikte bislang unbekanntem Ausmaßes entwickelt. Dachverbände der Branchen berichten von zunehmenden Schwierigkeiten, gemeinsame Interessen gegenüber der Politik zu aggregieren; die Politik wiederum verständigt sich mit den großen transnationalen Playern auch gern ohne Rücksprache mit den Verbänden. Aus dem großen, für Deutschland immer existenziellen Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen gibt es abwehrende Reaktionen auf die «Planwirtschaft», also den Komplex der großen Industrie und Dienstleister mit der Ministerialbürokratie, dem Staat. Der Konflikt zwischen dem Öffentlichen (desolate Infrastruktur, Bildungssektor, Wohnen usw.) und der Wirtschaft sowie zwischen dem Öffentlichen und der Gesellschaft beziehungsweise Bevölkerung wird größer. Und es gibt einen li-

bertären Widerstand aus der Mitte der Gesellschaft gegen die eingeschliffene Koalition von Bürokratie, Staatsmacht und Expertenkulturen, wie sie sich in Kommissionen, Anhörungen, Beraterverträgen, Gutachten und so weiter manifestiert.

Drittens schließlich sieht sich die regierende Partei selbst schwierigen Anpassungsprozessen gegenüber, die zuweilen als jähe Wendungen vollzogen werden. Der Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergieproduktion, die Abschaffung der Wehrpflicht, später noch die Einführung von Homo-Ehe, Frauenquote, Mindestlöhnen, Mietpreisbindung – lauter Bastionen des traditionellen wertegebundenen Konservatismus in Deutschland wurden innerhalb einer Legislaturperiode von der Kanzlerin geräumt, die Verwerfungen in der Union sind groß, aber bislang weitgehend sprachlos. Es handelt sich um notwendige Anpassungsprozesse der Union an den Wandel gesellschaftlicher Einstellungen, etwa in der Familien- und Gleichstellungspolitik.

Der Wechsel in der Familien- und Gleichstellungspolitik hat für die Union eine ähnliche Qualität wie für die SPD die Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik 2003. Angela Merkel erweist sich dabei als machtpolitisch gewiefte Managerin, die Gerhard Schröder an Anpassungsfähigkeit weit überlegen ist, nicht zuletzt dank ihres sehr pragmatischen Verhältnisses zur Macht. Die dabei im Unionslager entstehenden Reibungsverluste sind, vor allem für den Tag nach dem Wahltag, nicht zu unterschätzen. Zwar eint das «bürgerliche Lager» die Ablehnung der Steuererhöhungspläne der Oppositionsparteien. Die geplante Ausweitung der «Mütterrente» wird von der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hingegen als «beschäftigungsfeindliche Politik» und «verantwortungslose Rentenpläne» hart geißelt.¹⁰

HOHE STABILITÄT DES SYSTEMS

Bei allen Verwerfungen im politischen Feld gibt es ein hohes Vertrauen in die Staatsform selbst. Die Frage: «Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?», bejahten Ende der 1960er Jahre 74 Prozent der Befragten in Westdeutschland. Danach schwankte die Zustimmung zwischen 70 und 80 Prozent. Die niedrigste Zustimmung gab es 2008 mit 62 Prozent, 2013 lag sie wieder bei 75 Prozent in Gesamtdeutschland.¹¹ Gleichzeitig ist erkennbar, dass neue Parteien zwar erfolgreich die politische Bühne betreten können, auch zu Mandaten in einzelnen Bundesländern kommen, bei der Bundestagswahl aber nur geringe Chancen haben, neue Themen oder alte Themen neu zu parlamentarischer Geltung zu bringen.

Betrachtet man die Konfliktlinien, die die Entwicklung des deutschen Parteiensystems bestimmen, ist anzunehmen, dass neben dem Konflikt «sozialstaatliche Umverteilung versus Marktfreiheit» der Konflikt zwischen libertären und autoritären Politikkonzepten und Stilen weiter an Bedeutung gewinnen wird. Entlang dieser Achse haben kleinere Parteien unter anderem die Aufgabe, Konflikte zuzuspitzen, kulturelle und ideologische Orientierungen sowie Verhaltensmuster zu verkörpern und ihnen einen kohärenten und organisierten Ausdruck zu verleihen. Aus dieser Funktion speist sich zum Beispiel auch die Stärke der Grünen, die nicht an Umfragewerte gebunden ist. Auch die Neugründung der Partei «Alternative für Deutschland» und die Erfolge der Piraten erfüllen diese Aufgabe, selbst wenn es mit der Parteiförmigkeit bei den Piraten große Probleme gibt. Anders die LINKE, die den Konflikt «Arm – Reich» repräsentiert, der jedoch an-

gesichts der Stärke des deutschen Wohlfahrtsstaates noch kein wachsendes Gewicht besitzt.

Ein Blick auf die machtpolitischen Optionen des Parteiensystems zeigt, dass die Fortführung der bisherigen Koalition unter Kanzlerin Merkel als autoritär-marktorientiert einzuschätzen ist. Das hieße wirtschaftspolitisch planwirtschaftliches, vom Politikstil her präsidentielles Regieren. Eine große Koalition unter Merkel würde an beiden Komponenten wenig ändern, es käme nur eine stärker sozialstaatliche Komponente hinzu. Rot-Grün wäre eine etwas andere Option, der Politikstil wäre sicher libertärer, die sozialstaatliche Komponente kräftiger und wirtschaftspolitisch würde möglicherweise das planwirtschaftliche Moment mit anderen produktivkraftseitigen Entwicklungen (Verkehr, Landwirtschaft, Kommunikation, Lebensmittel und Bekleidung, Energiewende usw.) verbunden.

ZUR STELLUNG DEUTSCHLANDS ALS GLOBALER AKTEUR (IN DEN WAHLPROGRAMMEN DER PARTEIEN)

CDU/CSU und FDP verstehen sich als *die* Vertreter der Interessen Deutschlands. Deutschland geht es gut in Europa, ist Vorbild für Europa, Stabilitätsanker sowie Wachstumsmotor. Als Garant dieser Entwicklung sieht sich die CDU. Deutschlands starke Wirtschaft als Grundlage des «Wohlstands für alle durch Chancen auf Erfolg und Aufstieg für jeden» zu erhalten ist *das* Projekt von CDU/CSU, zu sichern über die wettbewerbsfähige Chancengesellschaft. Dieser Ansatz verbunden mit «keine Leistung ohne Gegenleistung», nicht in Deutschland und nicht in Europa, durchzieht die gesamte Politik von CDU/CSU und FDP und spiegelt sich in ihren Wahlprogrammen.

Gleichzeitig werden Vorhaben benannt, die einerseits auf die zunehmend divergierenden Interessen großer Wählergruppen von CDU/CSU und andererseits auf die sich verstärkenden Diskurse über vertiefende soziale Spaltungen und verfestigte Armut reagieren. Dazu gehören: Vollbeschäftigung und Mindestlohn, die Einführung eines Familiensplittings, die «Mütterrente» und die Forderung nach bezahlbaren Wohnungen. Alle diese Forderungen unter Finanzvorbehalt beschreiben Anpassungsprozesse, die darauf zielen, die eigenen Wählerinnen und Wähler zu motivieren und die Wählergruppen von SPD und Grünen zur Wahlenthaltung zu veranlassen.

Entscheidend bleibt der «Pakt für Wettbewerbsfähigkeit», in dem die Nationalstaaten sich mit der Europäischen Kommission auf konkrete Maßnahmen verständigen vor dem Hintergrund einer neu zu schaffenden nordatlantischen Freihandelszone zwischen Europa und den USA – dem weltweit größten Wirtschaftsraum. Die sich verändernde ökonomische Stellung Deutschlands innerhalb der EU und im globalen Wettbewerb verbinden CDU/CSU mit der Notwendigkeit neuer Absatzmärkte, die «nicht länger nur vor unserer Haustür, sondern in den aufstrebenden Ländern Asiens und Lateinamerikas, in Afrika und der arabischen Welt»,¹² also zunehmend außerhalb Europas, liegen. Ähnlich positioniert sich die FDP, die deutsche Exportchancen durch die Erschließung «neuer aufstrebender Märkte erhöhen»¹³ will.

Auch die SPD bezieht sich auf die besondere Rolle und internationale Verantwortung Deutschlands und steht hinter dem angestrebten Freihandelsabkommen. Allerdings müsse Deutschland, um international bestehen zu können, den Industriestandort Deutschland durch die Erneuerung der klassischen Industrien und die Erschließung neuer Leitmärkte

te wie Mobilität, Gesundheit, Energie und Infrastruktur absichern. «Dort, wo die deutsche Industrie ihre Stärken hat, gilt es, den Vorsprung gegenüber der internationalen Konkurrenz zu halten.»¹⁴ Die Grünen verbinden internationale Wettbewerbsfähigkeit mit dem Umstieg auf ressourcenleichtes Wirtschaften, auf geschlossene Stoffkreisläufe und auf faire und vergleichbare Bedingungen, sodass auch kleine und mittlere Unternehmen im Wettbewerb bestehen können. «Nachhaltigkeit muss zur Basis europäischer Wettbewerbsfähigkeit werden.»¹⁵ Auch sie stellen das geplante Freihandelsabkommen nicht infrage, bestehen jedoch auf ein Mitspracherecht des Bundestags bei den Verhandlungen.

DIE LINKE erwartet von der Freihandelszone «keine positive Entwicklung». Sie befürchtet unter anderem die unbeschränkte Einfuhr gentechnisch behandelter Produkte, eine verschärfte Konkurrenz zwischen den Großunternehmen in den USA und in Deutschland zulasten wirtschaftlich schwächer EU-Länder und dass die Daseinsvorsorge zum Gegenstand unregelter Weltmärkte wird. Der LINKEN geht es um eine andere Wirtschaftslogik, in der die Menschen mehr zählen als die Banken, und um eine soziale Alternative zu einem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Diese Ziele verbindet sie mit der Forderung nach einer Neugründung Europas. Aus diesem Grund lehnt sie auch – als einzige Partei im Bundestag – den Stabilitäts- und Fiskalpakt für Europa sowie die für alle politischen Ebenen beschlossene Schuldenbremse ab, die für CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne eine als notwendig anerkannte Voraussetzung für politisches Handeln darstellt.

EIN BLOCK GEGEN MERKEL?

Die SPD hat derzeit eine rot-rot-grüne Koalition definitiv abgeschlossen. Dennoch gibt es zwischen SPD, Grünen und LINKEN eine Reihe gleichlautender oder ähnlicher Forderungen, die unterschiedlich gewichtet, konkretisiert oder von der LINKEN radikaler formuliert werden. Dies erzeugt einen Widerspruch: Die SPD und die Grünen haben sich zwar in unterschiedlichem Maße von der «Agenda 2010» und ihren neoliberalen Prämissen abgewandt, haben daraus aber in ihrer tatsächlichen Politik während der Eurokrise keine praktischen Schlussfolgerungen gezogen. Trotzdem erscheint die LINKE weiterhin als nicht koalitionsfähig. Auch wenn sie im letzten Jahr durch eine neue Führung ihre Handlungsfähigkeit wieder hergestellt hat, bleibt das Problem: Es gibt in der Gesellschaft keine überzeugte Mehrheiten für einen Richtungswechsel. Für die Zukunft aber kann die programmatische Annäherung von SPD, Grünen und der LINKEN durchaus Folgen haben. Ihre Positionen seien deshalb kurz betrachtet.

Alle drei Parteien fordern die Ergänzung der EU durch eine Sozialunion, die Kontrolle und den Umbau des Bankensektors, eine europäische Ratingagentur, eine Finanztransaktionssteuer (DIE LINKE: 0,1 Prozent) und Eurobonds. Während die Grünen eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht verankern wollen, setzt DIE LINKE auf die Definition und Umsetzung europäischer Sozialkorridore zur Angleichung der Lebensstandards.

Die von den Grünen formulierten Ziele: «Statt entfesseltem Kapitalismus eine Regulierung der Finanzmärkte», statt Wachstum «echte Lebensqualität», sind Ziele, die auch von Sozialdemokraten und der LINKEN mitgetragen werden können. Das gilt auch für die Forderung nach flächendeckendem gesetzlichen Mindestlohn (SPD und Grüne: 8,50 Euro, LINKE: 10 Euro, bis 2017: 12 Euro), allgemein verbindliche Tarifverträge, Maßnahmen gegen Lohndumping bei Leihar-

beit und Werkverträgen, Bürgerversicherung, nachhaltiges Wirtschaften, die Fortsetzung der Energiewende, bezahlbaren Strom und bezahlbare Wohnungen durch Mietobergrenzen. Anders als SPD und Grüne fordert DIE LINKE allerdings die Abschaffung von Hartz IV. Tendenzielle Einigkeit besteht hingegen bei der Erhöhung des Spitzensteuersatzes (DIE LINKE auf 53 Prozent, SPD und Grüne auf 49 Prozent). Die LINKE will das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren abschaffen, die SPD aussetzen, die Grünen schrittweise einführen. SPD und Grüne fordern eine Mindestrente von 850 Euro, die LINKE in Höhe von 1.050 Euro.

Die größten Unterschiede zwischen der LINKEN und allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien bestehen auf dem Feld der Europa- und Außenpolitik. So tritt die LINKE nicht für das Ende des Euro ein, sieht dessen Fortexistenz jedoch an die Bedingung gebunden, den Kurs der Austerität zu beenden. Sie lehnt den Fiskalpakt und die Memoranden der Troika ab. Auch spricht sich DIE LINKE gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr, ihren Umbau zur Einsatzarmee und gegen eine europäische Rüstungsagentur aus. Sie lehnt eine Beteiligung an einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, ab.

Der Verlauf der europäischen Krise ist offen. Die relative Stabilität kann schnell zusammenbrechen. Ob daraus eine wirkliche Abkehr von der neoliberalen Politik werden kann, ist auch mit Blick auf den laufenden Wahlkampf fraglich. Solange wie möglich wird versucht werden, den Krisenkorporatismus fortzusetzen. Dafür sprechen die Mehrheiten in den Eliten wie die Stimmungen in der Bevölkerung. Dagegen sprechen vor allem die reale Vertiefung der Krisenursachen durch die Verschärfung des Wettbewerbs und die Fortsetzung der Austeritätspolitik. Die Linken in der Gesellschaft müssen sich auf diese schwierige Situation einstellen.

Cornelia Hildebrandt und Horst Kahrs arbeiten im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harald Pätzolt beim Parteivorstand DIE LINKE.

1 Streck, Wolfgang: Gekaufte Zeit, Frankfurt/M. 2013, S. 90. **2** Köcher, Renate: Schwieriges Wahlkampfthema Steuern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.6.2013, S. 8. **3** Ebd. **4** Ebd. **5** Vgl. online unter: www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_III/. **6** Vgl. Köcher: Schwieriges Wahlkampfthema Steuern. **7** Bischoff, Joachim/Lieber, Christoph: Die «große Transformation» des 21. Jahrhunderts. Politische Ökonomie des Überflusses versus Marktversagen, Hamburg 2013, S. 22. **8** Ebd., S. 23. **9** Drieschner, Frank: Die Sieger kriegen alles; in: DIE ZEIT vom 17./18.4.2013, S. 1. **10** «Arbeitgeber nennen Union «beschäftigungsfeindlich», in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.7.2013, S. 9. **11** Petersen, Thomas: Wenig Toleranz gegenüber Extremisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.5.2013, S. 8. **12** CDU/CSU: Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013–2017, online unter: www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/cdu_regierungsprogramm_2013-2017.pdf, S. 4. **13** FDP: Bürgerprogramm 2013, online unter: www.fdp.de/files/408/Buergerprogramm-2013-Wahlprogramm-der-FDP.pdf, S. 25. **14** SPD: Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013–2017, hrsg. von SPD-Parteivorstand, Berlin 2013, S. 28. **15** Zeit für den Grünen Wandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Berlin 2013, S. 56.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V.i.S.d.P.: Martin Beck
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Juli 2013
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling